

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXV/93

Bonn, den 22. Mai 1970

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	<u>K A S S E L</u>	92

Beide deutsche Staaten müssen aufeinander zukommen

3 - 4	<u>Wer hilft und half dem Saarland?</u>	62
-------	---	----

Viele Jahre vernachlässigt - jetzt erst fortschrittliche Infrastruktur

5	<u>Zuckerbrot und Peitsche</u>	49
---	--------------------------------	----

Im Wahlkampf ist nicht alles erlaubt

6	<u>Streikrecht für Spaniens Arbeiter?</u>	39
---	---	----

Erfolg der Arbeitnehmer - Dennoch: gesunde Skepsis bleibt am Platze

Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid

K A S S E L

Beide deutsche Staaten müssen aufeinander zukommen

sp - Nach Erfurt und Kassel wird es irgendwann und irgendwo das dritte Treffen in der Serie der Gipfelkonferenzen der beiden deutschen Regierungschefs Brandt und Stoph geben. Das zählt politisch und ist geschichtlich wertvoll. Das innerdeutsche Gespräch ist ein neues Politikum zwischen der Bundesrepublik und der DDR geworden, die als selbständige deutsche Staaten den Weg von der Konfrontation zur Kooperation suchen.

Die Auffassung über die richtige Antwort auf die Frage nach dem richtigen Weg ist heute noch überaus verschieden; sie ist, das wissen wir nach Erfurt und Kassel, sogar oft kontrovers. Die beiden Gipfeltreffen haben erheblich zu der Erkenntnis beigetragen, wie tief der Graben zwischen Bonn und Ostberlin inzwischen geworden ist, wobei die Beantwortung der Frage nach den jeweils "Schuldigen" dem Historiker und dem politisch Emotionalen überlassen bleiben mag und soll. Die Problematik, die die verantwortlichen Politiker beider deutscher Staaten und mit ihnen und durch sie die überwiegende Zahl der Bevölkerung angeht und bewegt, befaßt sich mit dem Stand von heute und mit dem Werden von morgen. Sie und wir wollen wissen, wie es von diesem Stand von heute für morgen so weitergehen kann, daß wir a l l e, die Deutschen hier und drüben, Nutznießer der Entspannung, des Ausgleichs, des aktiven Miteinanders und des friedlichen Zusammenwirkens werden.

Prinzipien sind gut und notwendig. Vordringlich wichtig ist, auf ihnen aufgebaut, ein nüchtern skeptischer Pragmatismus, der uns aus dem gesamtdeutschen Desaster nach vorn und weiterführt. Erfurt und Kassel haben dazu eine Menge von realistischen Erkenntnis-Bausteinen beigetragen. Dieses Einanderkennenlernen, dieses bessere abschätzen können, dieses sorgfältigere Einkalkulieren von bisher vielleicht noch zu ungenau erkannten oder, was viel gefährlicher ist, zu emotional mißachteten Faktoren, das alles kann uns hier und denen drüben nur nützlich sein. Und daß unsere Spitzenpolitiker in Erfurt und Kassel gelernt haben, wieder miteinander zu sprechen, im größeren Rahmen oder, besser noch, unter vier Augen, das wiegt mehr als heute vielleicht eingeschätzt werden mag.

Sicher - wer will das verschweigen? - haben wir nach Erfurt an Kassel doch ein gesundes Maß an Erwartung geknüpft. Viele hatten gehofft, daß es, nach Erfurt in Kassel, zwar natürlich keinen "Durchbruch", aber vielleicht doch schon ein deutlicheres Vorankommen geben würde. 20jähriges Gegeneinander in der Schärfe, wie es hier und drüben Doktrinäre, Superkonservative, Agiprop-Funktionäre, Unbelehrbare, Kleinkarierte aufzubringen vermögen, müssen nervös werden, wenn sich endlich die Chance zu bieten scheint, daß die Tatkraft mutiger und entschlossener Männer einen gangbaren Weg aus dieser Dauerkrise heraus anbieten könnte. Nun, nach Kassel wissen wir alle, daß Ungeduld schädlich und gefährlich werden kann. Der Stein- und Geröllhaufen, die Einfahrt auf dem Weg zur Kooperation versperrern, gibt es - Kassel be-

wies es - noch Aberdutzende. Daß diese Haufen in einer sehr großen Zahl das Herkunftszeichen DDR tragen, wem nutzt dieses Wissen und die daraus abzuleitende Empörung? Wir in der BRD sollten nicht vergessen, daß es auch bei uns Steinhäufenbauer genug gab und gibt. Das Geröll wurde auch vom Westen nach Osten gewälzt. Wer heute nur Ostberlin anklagt, ist unaufrichtig oder verlogen.

Trotzdem: Stoph hat in Kassel dargetan, daß die DDR es ist, die heute bremst. Seine sich selbst isolierende Alternative "völkerrechtliche Anerkennung oder sonst garnichts" ist keine Politik, sondern frustrierte Starrheit.

Wer will, mag die Hände über dem Kopf zusammenschlagen und die Litanei vom "Wir haben es doch gleich gewußt" anstimmen. Wir anderen können uns diesen Luxus nicht leisten. Von der immer gefestigter werdenden Basis des gesicherten Wissens aus, wird die Bundesregierung Brandt/Scheel die Zeit bis zum nächsten Bonn/Ostberliner-"Gipfel" nutzen, um das Konzept des BRD/DDR-Vertrages zu verfeinern, abzustützen und krisenfest zu machen.

Wenn es der DDR gefällt, hier von "Denkpause" oder "Selbstbesinnung" zu sprechen, dann soll sie das tun. Auch in Ostberlin wird sich allmählich die Überzeugung durchsetzen, daß die ständige Reproduktion eines sterilen Rechthabenswollens umso gefährlicher wird, je aktiver, ideenreicher, initiativer und zielbewußter die Bonner Politik darangeht und dabei bleibt, im Grundsatz gefestigter Flexibilität Punkte zu sammeln. Die internationale Politik wird der deutschen Querelen allmählich müde.

Die Umwelt erwartet, daß sich die Deutschen aufeinander zubewegen. Die 20 Punkte Willy Brandts waren ein vielbeachteter Anfang. Willi Stoph wird gut daran tun, sich von seinen Nordens und Schnitzlers den Blick für die Realitäten nicht weiter verschleiern zu lassen. Wenn die Bonner erst einmal gelernt haben, die Kleinkariertheit der Ostberliner überlegen in ihre Taktik einzubauen und die eigenen Fehler auf ein erträgliches Mindestmaß einzuschränken, vermag es gelingen, diesen deutschen Querelen aussichtsreich zu Leibe zu gehen.

Kassel hat in all seiner Tristheit gezeigt, was und wie es möglich werden könnte. Daher ist die verlogene Anklage, mit Kassel wäre Brandts Ostpolitik "gescheitert" nicht nur von Staatssekretär Ahlers mit Recht als unsinnig dementiert worden. Stophs Sprecher Lorf stimmte seinem Bonner Kollegen ebenfalls mit Recht zu. Weil Kassel nicht gescheitert ist, kann - zum dritten Mal mit Recht - zielbewußt einkalkuliert werden, daß sich die DDR an ihrer Ausschließlichkeitsforderung nach "völkerrechtliche Anerkennung oder sonst gibt es nichts" ganz gewiß nicht selbst aufhängen wird. Man muß nur Geduld haben und aufeinander zukommen. Natürlich von Bonn und von Ostberlin aus.

Wer hilft und half dem Saarland?

Von Alwin Brück, MdB

Das Hochwasser an der Saar - das zweithöchste, das in diesem Jahrhundert bisher am Saarbrücker Pegel gemessen wurde - hat in der vergangenen Woche allen Delegierten des Parteitagés der SPD in Saarbrücken praktisch vor Augen geführt: Dieses Land an der Saar ist, weil es ein Land an der Grenze ist, viele Jahrzehnte vernachlässigt worden. Seine Infrastruktur wurde dadurch geprägt, daß sich Deutschland und Frankreich immer um dieses Land mit seinen reichen Kohlenvorräten stritten. Man brauchte zwar die Kohlen, die die Menschen an der Saar in harter Arbeit zu Tage förderten, man brauchte auch den im Saarland produzierten Stahl. Man wollte nicht allzu viel in dieses Land investieren, weil man nie sicher war, wie lange es politisch oder wirtschaftlich zu dem einen oder zu dem anderen Land gehören würde. So baute man denn auch an der Saar lieber Bunker statt Straßen, denn die Straßen hätten ja dem Feind für den Einmarsch dienen können.

Nicht anders erging es dem benachbarten Lothringen. So überlegen heute Saarländer wie auch Lothringer, wieviel Straßen und Brücken man mit dem Beton hätte bauen können, den man für die Errichtung des Westwalls auf deutscher und der Maginotlinie auf französischer Seite verwendete. Mit dem Geld hätte man auch den schon seit Ende des vergangenen Jahrhunderts geforderten Anschluß des Saarlandes an das deutsche Wasserstraßennetz schaffen können. Dann wäre auch die Saar so kanalisiert, daß das Hochwasser nicht die Schäden anrichten könnte, die das letzte Hochwasser im Saarland angerichtet hat.

Bundesverkehrsminister Georg Leber machte sich auf dem SPD-Parteitag zu einem spontanen Sprecher der Delegierten, als er auf die Sicherung der Infrastruktur des Landes hinwies und dem Saarland rasche Hilfe zusagte: "Das, was jahrhundertlang nicht getan worden ist, weil man es nicht wollte, das, was 20 Jahre nicht geschehen ist, weil man es übersehen hat, werden wir Sozialdemokraten in den nächsten Jahren tun."

Vielleicht hat der letzte Teil dessen, was der Bundesverkehrsmini-

ster auf dem Parteitag sagte, den saarländischen Ministerpräsidenten Dr. Franz Josef Röder besonders hart getroffen. Denn anders kann man sich die böartige Polemik nicht erklären, mit der er auf die Erklärungen Lebers reagierte. In der Tat hat die von der CDU geführte Landesregierung seit der Eingliederung des Saarlandes in die Bundesrepublik nicht verstanden, bei der von der CDU geführten Bundesregierung ausreichend Verständnis für die Probleme des Saarlandes zu erwecken. Erst mit dem Eintritt der Sozialdemokraten in die Bundesregierung sind die Probleme des Saarlandes tatkräftig angepackt worden.

Die jetzt deutlich werdenden ersten Erfolge der Schiller'schen Strukturpolitik im Saarland versucht sich die Landesregierung an ihren eigenen Hut zu stecken. Aber es ist mit Zahlen zu beweisen, daß die jetzt erst voll in Gang befindliche Umstrukturierung der einst von Kohle und Stahl beherrschten Wirtschaft des Saarlandes der Initiative der Sozialdemokraten in der Bundesregierung zu verdanken ist. Während von 1957 bis 1966 durchschnittlich jährlich 69 Millionen DM aus Bundesmitteln für die Wirtschaftsförderung im Saarland aufgewandt wurden, waren es von 1967 bis 1969, also seit Eintritt der Sozialdemokraten in die Bundesregierung, jährlich 317 Millionen DM.

Ähnlich ist es auch mit dem Straßenbau. Einst als zweispurig geplante Bundesstraßen werden jetzt als Autobahn gebaut. Im Jahre 1970 werden zum erstenmal mehr als 40 Millionen DM für den Ausbau der Fernstraßen des Saarlandes vom Bund aufgewandt. Ab 1971 werden es jährlich 140 Millionen DM sein.

Ursprünglich erst für 1980 vorgesehene Fertigstellungen von Straßen werden im Saarland vorrangig gebaut, so daß man z.B. im Jahre 1975 auf der Autobahn von Saarbrücken in das Ballungsgebiet an Rhein und Ruhr fahren kann, ein für das Saarland lebensnotwendiger Verkehrsweg.

So faßt man im Saarland auch wieder neue Hoffnung. Aus dem einst umstrittenen und deshalb auch in seiner Infrastruktur vernachlässigten Land an der Grenze wird ein Land im Herzen Europas, nicht nur geographisch, auch im Hinblick auf die Verkehrsbedingungen.

Zuckerbrot und Peitsche

Im Wahlkampf ist nicht alles erlaubt

sp - Sozialdemokraten und Freie Demokraten in Nordrhein-Westfalen bewahren ruhig Blut, auch wenn CDU-Spitzenkandidat Heinrich Köppler noch so emsig bemüht ist, insbesondere Verwirrung in der FDP zu stiften und mit immer neuen Parolen auf Zweckoptimismus zu machen. Tönte der CDU-Präsidiumsvorsitzende gestern noch, er werde schon in der Wahl-nacht vom 14. zum 15. Juni mit der FDP Koalitionsgespräche beginnen, nennt er sie heute einen "Erfüllungsgehilfen der SPD". So geschehen in der vergangenen Woche, in der Köppler fernerhin der FDP unterstellte, ihre "Steigbügelhalterrolle für die SPD fortzuführen".

Das geschah, nachdem der FDP-Landesvorsitzende in NRW, Innen-minister Willi Weyer, erneut erklärt hatte, daß seine Partei in Nord-rhein-Westfalen loyaler Partner der SPD bleibe. Weyer und sein Landes-wahlleiter Horst-Ludwig Riemer ließen die widersprüchliche Argumenta-tion von Köppler nicht unbeantwortet. Sie warfen der CDU vor, eine Politik nach der Taktik "Zuckerbrot und Peitsche" zu betreiben.

Köppler kennt die ungünstige Position seiner Partei für die kom-mende Landtagswahl. Sein Ziel ist es, FDP-Altkonservative abzuwerben. Zudem rechnet sich die CDU ähnlich wie in Niedersachsen einen Stimmen-zuwachs aus dem NPD-Lager aus. Summa summarum: In diesem Wahlkampf, in dem die Ausgangsbasen der beiden größten Parteien deutlich differen-ziert sind, greift Köppler zu jedem Mittel, gleichgültig, ob das der demokratischen Staatsform Schaden zufügen könnte.

Die CDU wirft den Sozialdemokraten in NRW zum Beispiel vor, in den letzten dreieinhalb Jahren eine verfehlte Strukturpolitik betrieben zu haben. Damit diffamiert sich die CDU aber selbst, denn in gut drei Jahren haben die NRW-Bürger noch nicht vergessen, wie es Ende 1966 zwischen Rhein und Weser aussah, als die von dem CDU-Ministerpräsi-den-ten Dr. Meyers geführte Regierung abgewirtschaftet hatte.

Gemeinsam mit ihren Freunden in der Bundesregierung gelang es der von dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Heinz Kühn geführten Regierung in Düsseldorf, in drei Jahren rund 400.000 Arbeitsplätze neu zu schaffen und zu sichern. Die Vollbeschäftigung wurde in NRW wieder-hergestellt. Bereits nach gut zweijähriger Regierungszeit der SPD/FDP-Koalition war die Arbeitslosenquote auf 0,9 v.H. abgesunken. Zur gleichen Zeit waren 218.000 Arbeitsplätze unbesetzt. 1968 betrug das Wirtschaftswachstum in NRW real 6,7 v.H., 1969 real 7,7 v.H. Durch Bereitstellung von Zuschüssen, Zinszuschüssen und Krediten in Höhe von 412 Millionen DM von 1967-1969 ermöglichte die Landesregierung rund 1.000 Fälle von betrieblichen Investitionen mit einer Investitionssum-me von insgesamt rund 4,7 Milliarden DM. Darüber hinaus wurden im gleichen Zeitraum von Unternehmen u.a. Kapitalmarktmittel in Höhe von 1,34 Milliarden DM aufgenommen, die die Landesregierung durch Bürg-erschaftsübernahmen überhaupt möglich machte.

Solche Erfolgswahlen lassen sich auf allen Gebieten des öffent-lichen Lebens beliebig fortsetzen. Köppler weiß sehr genau, daß er nur mit Schlagworten operieren kann, um überhaupt im bevölkerungsreichsten Bundesland bekannt zu werden. In Wahrheit ist er für die überwiegende Mehrheit der rund 17 Millionen NRW-Bürger ein Unbekannter, der jedoch - das ist ihm einzuräumen - nach dem Motto handelt, daß im Wahlkampf alles erlaubt ist.

Streikrecht für Spaniens Arbeiter?

Erfolg der Arbeitnehmer - Dennoch: gesunde Skepsis bleibt am Platze

Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid

Die seit Monaten auf oppositionelle Initiative anhaltende Flut von Resolutionen örtlicher und regionaler Verbände der spanischen Vertikalsyndikate hat die Madrider Regierung dazu bewogen, auch im Hinblick auf ihre europäischen Integrationswünsche das Streikrecht erstmals seit 1939 gesetzlich zu verankern. Eine entsprechende Ankündigung machte jetzt der Syndikatsminister Enrique Garcia del Ramal in einem Interview, das in der spanischen Arbeitswelt stark beachtet wurde.

Obwohl seit Dezember 1965 der Streik nicht mehr als strafbares Delikt gilt, hatte das Oberste Gericht zwei Jahre später die Arbeitsniederlegung dennoch als "illegal" verdammt. Selbst die Führungsgruppe der Vertikalsyndikate mußte in der Vergangenheit wiederholt Konzessionen an die unterprivilegierte Arbeiterschaft gewähren und den Streik als "normale Erscheinung" bei Arbeitskonflikten werten. Garcia del Ramal kündigte einen Gesetzentwurf an, der einen stufenweisen Schlichtungsprozeß bei solchen Konflikten einführt und den Arbeitern den Streik als letzte Waffe läßt.

Die amtliche Anerkennung des Streikrechts ist in Spanien nahezu eine kleine Revolution und röhrt die offizielle Ideologie der "Einheitsbewegung" und des "National syndikalismus" erheblich aus. Es handelt sich um eine längst überfällige Anpassung des Gesetzmechanismus an die inzwischen entstandene Wirklichkeit in der Arbeitswelt. So klagte selbst das Syndikatsorgan "Pueblo" darüber, daß von der Polizei festgehaltene Arbeitnehmer jederzeit willkürlich wegen "unentschuldigter Abwesenheit vom Arbeitsplatz" entlassen werden können, selbst wenn sich später ihre Verhaftung als unberechtigt herausstellen sollte.

Das von autoritärem Denken geprägte neue Syndikatsgesetz, das im Herbst vom Ständeparlament beraten werden soll, scheint keine großen Chancen mehr zu haben, unverändert gebilligt zu werden. Über 1.000 Abänderungsanträge sehen vor, organisatorisch eine scharfe Trennung zwischen Arbeitnehmern und Unternehmern einzuführen und, anders als der seit 1968 ausgebrütete Regierungsentwurf, alle Funktionen in den Syndikaten nur mit gewählten Vertrauensmännern von der untersten Ebene bis zur Spitze zu besetzen. Damit wäre dem demokratischen Prinzip zum Durchbruch verholfen. Der Syndikatsminister versicherte, sich dem Entschcheid der Parlamentarier beugen zu wollen. Dennoch zeigen politische Beobachter gesunde Skepsis, solange noch offen bleibt, wie Streikrecht und Syndikatsgesetz sich in der Praxis auswirken werden. Leicht könnte nach der Devise gehandelt werden: "Es muß demokratisch aussehen, aber wir wollen doch alles in der Hand behalten."